

# Platz abbeck

Nr. 3, 20. Mai 2010

**DIE LINKE.**  
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

**DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln**  
V.i.S.d.P. DIE LINKE., Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,  
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de,  
www.linksfraktion-koeln.de

## Hauptschulgebäude weiterhin sinnvoll nutzen

CDU und FDP halten am reaktionären viergliedrigen Schulsystem fest. Die Schüler aber stimmen mit den Füßen ab. Allein in Köln sind zehn Hauptschulen wegen zu geringer Anmeldezahlen von Schließung bedroht. DIE LINKE. möchte die Gebäude für Schulen erhalten und sinnvolle Projekte weiterführen.

Mit einem Ratsantrag möchte sie das festschreiben und so verhindern, dass insbesondere günstig gelegene Standorte jetzt anderweitig genutzt oder vermarktet werden. Die Schulverwaltung muss auch prüfen, inwieweit sich die ehemaligen Hauptschulstandorte für die Errichtung neuer Gesamtschulen eignen oder die Gebäude für Außenstellen bereits bestehender Gesamtschulen genutzt werden können.

Eine Schule für Alle ist das Ziel LINKER Bildungspolitik. Für eine Übergangs-

**Eine Schule für Alle**

zeit können Gesamtschulen diese Lücke schließen.

In einigen Hauptschulen sind Werkstätten untergebracht, die für das Projekt „Praxisstationen“ genutzt werden. Dort können Schüler – auch aus anderen Schulen – 14-tägig in verschiedene Ausbildungsberufe „reinriechen“ und schließlich in ihrem Wunschberuf Ausbildungsbausteine absolvieren.

Ein Zertifikat schließt einen erfolgreich absolvierten Baustein ab. Diese Ausbildungsbausteine sind Lerninhalte, die ein Azubi im ersten Lehrjahr absolvieren muss. Ein bestandener Ausbildungsbaustein erhöht so die Chancen des Schülers/der Schülerin, einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Das zeigt auch die gute Zusammenarbeit des Projektes „Praxisstationen“ mit den Innungen Farbe oder Heizung, Sanitär und Klima.

Weiter auf Seite 2

## Das Eigenleben des Kulturdezernats – Die Oper in China

Beschlüsse des Rates sind für die Verwaltung bindend. Das, so sollte man meinen, wird von allen Beteiligten so gesehen. Das Kulturdezernat hat da offenbar eine andere Auffassung. Ratsentscheidungen werden dort eher als Vorschläge behandelt.

Anfang 2009 hatte die Verwaltung im Ausschuss Kunst und Kultur und im Finanzausschuss die Möglichkeit eines Gastspiels der Oper bei der Expo in Schanghai vorgestellt. Die Kosten sollten aus der Betriebsmittelrücklage der Bühnen beglichen werden, sofern nicht ausreichend Sponsoren gefunden werden könnten. Und da man ja schon in China sei, könne man gleich auch ein Gastspiel in Peking anhängen.

Diese Idee der Finanzierung stieß auf große Skepsis vor allem im Finanzausschuss. Die Betriebsmittelrücklage wurde aus den Überschüssen der Bühnen in den letzten Jahren gebildet. Dessen Quelle ist jedoch der städtische Betriebsmittelzu-

schuss, der etwa 80 % der Einnahmen der Bühnen ausmacht und so das Defizit von jährlich etwa 45 Millionen Euro ausgleicht. Dies sind somit kommunale Gelder, und sie werden für den Umzug der Oper und des Schauspiels während der Sanierung dringend gebraucht.

DIE LINKE. lehnte aus diesen Gründen im Rat ab, eine Chinareise der Oper mit den gewünschten 1,379 Millionen Euro aus der Betriebsmittelrücklage zu finanzieren. SPD und CDU brachten wenigstens einen Änderungsantrag durch, der die Entnahme auf 825.000 Euro begrenzte, die Summe, die für Schanghai veranschlagt war. Ein Gastspiel in Peking solle erst dann beschlossen werden, wenn „die Verwaltung und Operngeschäftsleitung [...] die Deckungslücke auf Null gebracht hat, sodass eine Inanspruchnahme der Betriebsmittelrücklage nicht erforderlich wird“ (Martin Börschel, SPD, am 5.5.2009 in der Antragsbegründung). →



Landtagswahlparty der Fraktion im Spanischen Bau: Gespannte Sekunden vor Bekanntgabe der ersten Hochrechnung – Bald darauf bricht lauter Jubel los. DIE LINKE. schafft den Einzug in den nordrhein-westfälischen Landtag. Mit einem Wahlergebnis von 5,6 % sitzen künftig elf LINKE im Landtag. Drei davon sind Kölnerinnen. Mehr dazu auf Seite 7.

Internetadresse: +++ [www.linksfraktion-koeln.de](http://www.linksfraktion-koeln.de) +++ [www.linksfraktion-koeln.de](http://www.linksfraktion-koeln.de)

Die Deckungslücke für das Gastspiel in Schanghai wird zurzeit mit 762.625 Euro beziffert. Das ist weit von der geforderten Null entfernt, hat Kulturdezernat und Operngeschäftsführung aber nicht davon abgehalten, den Vertrag über ein Gastspiel in Peking zu unterzeichnen. Darüber hinaus plant die Verwaltung offenbar, auch die Deckungslücke des Gastspiels in Peking aus der Betriebsmittlrücklage zu begleichen: „In jedem Fall können beide Gastspiele [...] unter Verwendung von max. 825.000,- EUR realisiert werden“ (Antwort auf eine Anfrage der LINKEN im Kulturausschuss vom 20.4.2010).

Das wären dann noch einmal 183.080 Euro, die ohne jeden Ratsbeschluss verplant werden. Wie die Verwaltung mit den beiden Deckungslücken von insgesamt 945.705 Euro unter 825.000 Euro landet, bleibt dabei ihr Geheimnis.

Doch nicht in jedem Fall führt die eigenwillige Interpretation von Ratsbeschlüssen durch das Kulturdezernat zu Mehrausgaben.

Im Dezember 2009 hatte der Rat auf Antrag der LINKEN beschlossen, die Fördermittel für freie Träger im Kulturbereich – sie sind durch Sparmaßnahmen in ihrer Existenz bedroht – nach dem Ansatz von 2009 auszahlend und nicht nach dem deutlich gekürzten Entwurf von 2010.

Das Kulturdezernat sah darin jedoch nur eine freundliche Erlaubnis und zahlte für die Projektförderung den gekürzten Satz aus.

Jörg Detjen

.....

### Fortsetzung von Seite 1: Hauptschulgebäude weiterhin sinnvoll nutzen

54 Schulen, von der Haupt, Real- und Gesamtschule bis hin zum Gymnasium beteiligen sich am Projekt „Praxisstationen“. DIE LINKE. will, dass die Werkstätten in den ehemaligen Hauptschulen auch weiterhin allen Schülern und Schülerinnen offenstehen. Eine alleinige Nutzung der Werkstätten nur durch Schüler einer neu eingezogenen Schule wäre kontraproduktiv.

Schließlich müssen alle Schüler einer schließenden Hauptschule die Möglichkeit haben, ihre alte Schülerfirma aufrecht zu erhalten und dazu gegebenenfalls ihre „alte“ Werkstatt nutzen können.

Denn die Schüler der zu schließenden Hauptschulen dürfen nicht Leidtragende der Entwicklung sein. Projekte, die Wege ins Berufsleben ebnet, sind dringend notwendig für ihren Start ins Leben. Schülerfirmen leisten dazu einen wichtigen Beitrag. Dieser Baustein einer erfolgreichen Schulkarriere darf durch einen eventuellen Schulwechsel nicht abbrechen.

Özlem Alev Demirel

# Runder Tisch Schauspiel/Oper ohne Ratsparteien

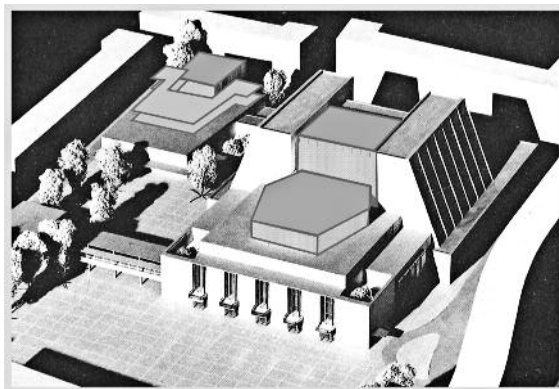
In der Ratssitzung, die den Neubau des Schauspielhauses gestoppt hat, waren sich alle Akteure einig, dass der Vorschlag des Personalratsvorsitzenden Andreas Hupke, einen Runden Tisch zu bilden, der richtige Weg ist.

Oberbürgermeister Roters kündigte dann auch die erste Sitzung für Mitte Mai an. DIE LINKE. bekam keine Einladung und fragte nach. So erfuhren wir, dass sich das Büro des Oberbürgermeisters und die Bürgerinitiative „Mut zu Kultur“ darauf verständigt hatten, die Fraktionen zum Runden Tisch nicht einzuladen. Vielmehr sollten sie dann in einem Unterausschuss die Ergebnisse des Runden Tisches abnicken oder eben auch nicht.

DIE LINKE. im Rat der Stadt Köln hält dieses Vorgehen für kontraproduktiv. Es geht doch gerade darum, einen gemeinsamen Weg zu entwickeln, aber dann auch einvernehmlich in allen Gremien und der Öffentlichkeit für diesen Weg einzutreten. Eine solche Positionsfindung sollte ein gemeinsamer Prozess sein und nicht in zwei unterschiedlichen Gremien stattfinden.

Über dieses Vorgehen hat sich der sozialdemokratische Oberbürgermeister mit „Mut zu Kultur“ pragmatisch verständigt. Es gibt dazu keinen Beschluss. Die Sozialdemokraten tragen das mit, weil sie die direkte Demokratie fürchten wie der Teufel das Weihwasser und die Bürgerinitiative, weil sie der Diskussion mit den Parteien aus dem Wege gehen will, weil sie keine Lust auf Parteigezänk hat.

Damit ist weniger DIE LINKE. gemeint, sondern eher die CDU. Trotzdem ist der Ausschluss der Ratsparteien der falsche Weg. Runde Tische haben eine eigene Dynamik und entwickeln über den gleichberechtigten Dialog aller Akteure eine hohe Übereinstimmung, völlig anders als es in Gremien und Ausschüssen des Stadtrates möglich ist. Der Runde Tisch ist gerade ein-



gerichtet worden, um nicht nur einen gemeinsamen Weg, sondern auch eine hohes Einverständnis und eine Verbindlichkeit zu erzielen. Das kostet in der Regel Zeit und Kraft.

Dazu kommt, dass die politischen Parteien auch Motive in die Debatte einbringen würden, die sonst niemand einbringt, z. B. die finanzpolitische Perspektive. Zu befürchten ist also, dass die Entscheidungen des Runden Tisches eben nicht rund, sondern eckig sein werden und dass die Gremien des Rates der Stadt Köln die Vorschläge abändern werden.

Eine Chance für einen gemeinsamen Dialog wurde vertan! Schade.

Jörg Detjen

## Kölner CDU paktiert mit „pro Köln“

Obwohl bei der Abstimmung über den Beitritt zur Sanierung des Schauspielhauses im Kölner Stadtrat die demokratischen Kräfte CDU, Grüne, DIE LINKE., KBB und Deine Freunde eine klare Mehrheit hatten, ging die CDU bei der Abstimmung über die Art und Umsetzung der Sanierung ein Bündnis mit „pro Köln“ ein. Gegen die Stimmen von Grünen und LINKEN. setzten sie ihren Änderungsantrag durch.

Dieses Verhalten hat uns überrascht und angewidert. Wir sind lange vor der Ratssitzung auf die CDU zugegangen. In diesen Gesprächen war immer klar, dass wir eine Mehrheit jenseits der Stimmen von „pro Köln“ suchen – also mit den Grünen. Und damit hatten wir Erfolg! Danach ist die CDU aber ein braunes Bündnis eingegangen, um ihre Sonderinteressen durchzusetzen. Damit hat sie auch gegen die Intention des Bürgerbegehrens verstoßen, das sich auch gegen eine unsinnige Geldverschwendung gewendet hatte.

Die CDU will das „Schauspielhaus von der Oper trennen“. Das würde die jetzigen Synergieeffekte zwischen den Bühnen beenden. Die Unterhaltung der Bühnen wäre dauerhaft erheblich teurer. Wir werden dagegen steuern. Die Sanierung von Oper und Schauspielhaus muss deutlich unter den Kosten des Neubaus bleiben. Dieses Geld sollte der Freien Szene zugute kommen. Wir werden die monatelange gute Zusammenarbeit mit „Mut zu Kultur“ in diesem Sinne fortsetzen.

Jörg Detjen

# Aus den Bezirksvertretungen

## ■ Rodenkirchen

### Kalscheurer Weiher gefährlich?

Der Kalscheurer Weiher in Zollstock war ja nun öfters Thema in der Bezirksvertretung. Und das Thema ist leider noch nicht vorbei. Diesmal jedoch geht es nicht um Pachtverträge oder 1-Euro-Jobs, sondern um eine Gefahr für Tier und Mensch.

In den letzten Jahren ist der Weiher öfters „gekippert“. Das war nicht zuletzt auf der Bürgerversammlung in der Melanchton-Kirche in Zollstock am 24. März 2010 von der bekannten Biologin, Frau Dr. Angelika Kahl-Dunkel, zu erfahren.

Das „Kippen“ des Weihers wurde durch sogenannte Botulismus-Bakterien verursacht, die eines der gefährlichsten Nervengifte, nämlich das „Botulinum-Toxin“ produzieren. Es gibt Länder auf dieser Welt, welche Versuche anstellen, dieses Nervengift als Kampfstoff einzusetzen. Es gibt aber auch Menschen, die treffen sich auf sog. Botox-Partys, um sich das Gift unter die Haut zu spritzen, damit die Falten zurückgehen. Nur wird niemand faltenfrei, wenn er in den Weiher fällt.

Der Kalscheurer Weiher ist in der letzten Zeit durch ein Sterben der Wasservögel aufgefallen. Ich bin der Auffassung, dass dieser Weiher eine tickende Zeitbombe ist. Aus diesem Grund habe ich einen Antrag eingebracht, der vorsieht, dass Wasser- und Schlammproben entnommen und auf Botulismus-Bakterien überprüft werden sollen. Anschließend soll die BV unverzüglich über das Ergebnis unterrichtet werden.

Ist der Weiher tatsächlich befallen, muss ernsthaft darüber nachgedacht und diskutiert werden, ob das Wasser nicht abgepumpt, das Becken vom Faulschlamm befreit und anschließend gereinigt wird.

Es besteht Gefahr für die Tiere, nicht nur die Wasservögel, sondern z. B. auch Hunde, die in den Weiher springen. Es besteht auch eine Gefahr für Menschen, die mit dem Wasser in Berührung kommen und es unachtsamer Weise mit dem Mund aufnehmen.

Letztlich ist mein Antrag ein Prüfantrag, um zu sehen, ob eine Maßnahme wie das Abpumpen des Weihers notwendig ist oder ob es einen Grenzwert gibt, der noch eingehalten wird. *Berthold Bronisz*

## ■ Ehrenfeld

### Bebauung des Helios-Geländes hinterfragen

Anfang des Monats bildete sich im Stadtbezirk Ehrenfeld eine Bürgerinitiative, die sich kritisch mit der Bebauung des Helios-Geländes befassen wird.

Zu befürchten ist, dass ähnlich wie in Kalk mit den Kalk-Arcaden ein riesiges Einkaufszentrum mit ca. 30.000 qm Verkaufsfläche in Ehrenfeld errichtet werden soll. Das Grundstück ist in privater Hand. Die Bauwens-Gruppe hat es zusammengekauft. Als Investor soll die mfi-Immobilien AG tätig werden, die bereits in Kalk die Arcaden errichtet hat und damit den kleinen und mittleren Einzelhandel in der Kalker Hauptstraße zerstört hat.

Um das zu verhindern, hat die Bezirksvertretung eine Potenzialanalyse für den Einzelhandel im Bezirkszentrum Köln-Ehrenfeld in Auftrag gegeben. Das sind Vorplanungen, die einem Bebauungsplan vorgeschaltet sind. Dieses Gutachten kommt zu der Meinung, dass „eine Einzelhandelsentwicklung auf dem Helios-Gelände insgesamt eine Größe von max. 17.000 qm nicht überschreiten“ darf. Im Stadtbezirk besteht vor allem ein Bedarf bei Bekleidung und Wäsche (6.000 qm) und Elektrowaren/Foto/Optik (2.500 qm).

Laut Gutachten würden neue Einkaufsflächen auf dem Helios-Gelände eine Polstruktur mit dem Barthonia-Forum bilden. Doch im Barthonia-Forum stehen immer wieder Läden leer, auch zwischen den sogenannten Polen auf der Venloer Straße. Neben den leerstehenden Geschäften gibt es auch viele Baulücken. Ein Baulückenprogramm könnte Probleme für Wohnen und Einzelhandel wie das Bedarfsproblem lösen, aber auch zur Belebung der Venloer Straße beitragen. *Jörg Detjen*

## ■ Kalk

### LINKE. solidarisch mit BesetzerInnen in Kalk Köln braucht ein autonomes Zentrum

Seit über einem Monat ist die ehemalige KHD-Kantine in der Kalker Wiersbergstraße besetzt. Das Gebäude gehört einer Tochter der Sparkasse Köln-Bonn und steht seit Jahren leer. Die BesetzerInnen fordern, dass das Gebäude für ein selbstverwaltetes, autonomes Zentrum (AZ) genutzt werden kann.

Sie haben in den vier Wochen beeindruckende Arbeit geleistet. Viele Räume

wurden nutzbar gemacht. Vom Info-Point könnte sich die Bahn AG eine Scheibe abschneiden. Jeden Tag bietet die „Volkküche“ Essen gegen Spende oder umsonst an. Täglich laufen Informations- und Diskussions-Veranstaltungen. An vielen Abenden gibt es Konzerte, Partys und andere Kulturevents.

Inzwischen dürften Tausende Menschen das AZ besucht haben, ein Beweis für das große Bedürfnis nach einem nicht-kommerziellen Freiraum in Köln. Am 6. Mai nahmen 500 Menschen an einer Demonstration im strömenden Regen teil, um ihre Solidarität mit dem AZ zu zeigen.

Die BesetzerInnen haben die AnwohnerInnen in Kalk informiert und zu Nachbarschaftsfesten und Info-Veranstaltungen eingeladen. Sie widersetzen sich dem Klischee, HausbesetzerInnen seien „Chaoten“



Demonstration für ein autonomes Zentrum am 6. Mai

oder „Randalierer“. Die Versuche von Kalker CDU-Politikern, die durch die Straßenscharwenzeln und vor allem älteren Menschen einreden wollen, im AZ würden sich schlimme Leute breit machen, dürften so ins Leere laufen.

In den ersten beiden Wochen gab es einzelne Provokationen der Polizei, die sich seitdem aber zurück hält. Die Sparkasse als Eigentümer versuchte es mit Panikmache und behauptete, es wäre gefährlich, die Räume zu nutzen. Die Besichtigung durch unabhängige Architekten und Statiker ergab das Gegenteil: Baulich ist die ehemalige Werkskantine in einem guten Zustand.

Die Alternative zur Nutzung des Gebäudes als autonomes Zentrum wären Leerstand und Verfall. Das Gebäude ist für viele Zwecke nutzbar und gut erreichbar. Gerade in Kalk wäre ein nicht-kommerzielles Zentrum für Jugendliche und nicht mehr ganz so junge Menschen sehr wichtig.

DIE LINKE. fordert von der Sparkasse, auf den Räumungstitel zu verzichten und mit den BesetzerInnen über eine Nutzung des Gebäudes zu verhandeln. Von der Stadt fordern wir eine Unterstützung des Anliegens der BesetzerInnen.

*Claus Ludwig*

Weitere Infos: <http://unersquat.blogspot.eu/>

# Aus den Ausschüssen

## ■ Jugendhilfe

### Die Koalition der Kürzungen steht

Mit den Stimmen aller anderen Parteien und bei Enthaltung der CDU hat der Jugendhilfeausschuss in einer Sondersitzung, zusammen mit dem Schulausschuss, einer 5%igen Kürzung der freiwilligen Leistungen bei den offenen Ganztagsgrundschulen (OGTS) zugestimmt. Und das, obwohl das Budget für den offenen Ganztags bereits in den letzten Jahren kaum ausreichte, eine pädagogisch hochwertige Betreuung der Kinder sicherzustellen.

Die Anzahl der Plätze in der OGTS soll, so die Verwaltung, um 2.000 auf 20.800 aufgestockt werden. Diese Aufstockung soll allerdings in den alten Räumen der Schulen stattfinden, sodass sich die Gruppen verstärkt in weniger geeigneten Räumen wie Klassenzimmern treffen müssen. Dazu kommt, dass der Personalschlüssel bei den Gruppen nicht aufgestockt wird.

Köln einspringen. Die Kampagne „Keine Kürzungen für Kurze“ hat sicher viel dazu beigetragen, dass nicht stärker bei der OGTS gekürzt wurde. Wir werden weiter mit den außerparlamentarischen Gruppen und Bewegungen für einen deutlichen Ausbau einer qualitativ hochwertigen Ganztagsbetreuung für alle Kinder kämpfen.

*Claudia Trappe-Nolden*

## ■ Soziales und Senioren

### Von wegen fördern...

In der Antwort auf eine Anfrage im Sozialausschuss erhielten wir schwarz auf weiß, was viele, die sich in der Erwerbslosenbewegung engagieren, schon ahnten. Mit der beruflichen Förderung sieht es bei Hartz IV mehr als dunkel aus.

Von den 25.600 „Förderfällen“ werden im Jahr 2010 nur in 541 Fällen Erwerbslose in einer Maßnahme qualifiziert, die zu einem anerkannten Berufsabschluss führt. Etwa 50 weitere Langzeiterwerbslose erhalten eine Vorbereitung auf die Externenprü-

rungsstelle geprüft, aber die konkreten Preise unterliegen der Verschwiegenheit, so die Antwort.

Selbst der Vorschlag, dieses Thema im nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln, wurde nicht aufgenommen. Konkrete Zahlen, wie viel die Maßnahmeträger an der Erwerbslosigkeit verdienen, möchte die Verwaltung unter Sozialdezernentin Marlies Bredehorst nicht preisgeben. Über die Gründe hierfür kann man nur spekulieren.

Wir werden aber nicht locker lassen und uns weiter um Aufklärung bemühen, wo und für was die Steuer- und Beitragsgelder der Bürger ausgegeben werden.

*Richard Klein*

## ■ Stadtentwicklung

### Bildungslandschaft Altstadt-Nord: Klingelpützpark erhalten und aufwerten

DIE LINKE. im Rat will möglichst viel Grün im Klingelpützpark erhalten und entwickelt Ideen, wie die Interessen von Schülern, Jugendlichen und Anwohnern, die den Park als grüne Oase in der Innenstadt nutzen, unter einen Hut gebracht werden können.

Eine gute Nachricht vorweg: Die Straßenrandbebauung am Gereonswall ist vom Tisch. Das Bodendenkmal im Klingelpützpark bleibt also erhalten. Die aktuelle Planung sieht nun vor, im südlichen Bereich des Parks nicht in die Grünflächen einzugreifen, sondern die Neubauten auf dem Gebiet der bereits jetzt bestehenden Schulen zu errichten.

Der Verzicht auf den Eingriff in die bestehende Grünfläche ist als Erfolg der Bürgerinnen und Bürger zu werten. Bibliothek und Mensa der Bildungslandschaft sollen jetzt an der Ecke Gereonswall/Vogteistraße entstehen. Geht es nach dem Willen der Verwaltung sollen hier große Teile des Parks bebaut werden. Die Fraktion DIE LINKE. hat sich vor Ort ein Bild gemacht und ist zu dem Entschluss gekommen, dass weit mehr Grünfläche erhalten werden kann als die Verwaltungsplanung vorsieht.

Auf der bereits bebauten Fläche soll das alte Jugendzentrum abgebrochen werden. In einem neuen, höheren Gebäude können dann Jugendzentrum, Mensa und Bibliothek untergebracht werden.

Weiterhin fordert DIE LINKE. die Entseelung der Betonflächen an der besagten Ecke des Parks.

Im letzten Stadtentwicklungsausschuss wurde die Idee durch DIE LINKE. vorgestellt. Die Verwaltung sagte zu, Stellung zu beziehen. In der BV Innenstadt wird die Vorlage Ende Mai auf der Tagesordnung stehen. Es werden Änderungsanträge erwartet, welche die Ideen der Fraktion DIE LINKE. aufgreifen. Endgültig beschlossen wird im STEA noch vor der Sommerpause.

*Michael Weisenstein*



DIE LINKE. hatte immer wieder kritisiert, dass eine qualifizierte und eine ungelernete Kraft für eine gute pädagogische Qualität nicht ausreicht, zumal Krankheitsvertretungen nicht vorgesehen sind.

Wie in vielen anderen Bereichen wird auch in der Ganztagsbetreuung der Kommune die Aufgabe zugeteilt, eine qualitativ gute Leistung dem Bürger anzubieten. Nur was die finanzielle Ausstattung betrifft, lässt das Land hier die Gemeinde im Regen stehen, denn die Landesmittel für den offenen Ganztags wurden seit 2004 nicht mehr erhöht. Hier musste Jahr für Jahr die Stadt

fung in einem gewerblich-technischen oder kaufmännischen Beruf. Weitere 2.080 Teilnehmer an einer Maßnahme erhalten lediglich ein relativ wertloses Zertifikat.

Die restlichen, mehr als 20.000 Maßnahmen, sind Zuweisungen zur Job Börse, Bewerbungscenter oder einer anderen Maßnahme oder Projekt. Das sind mehr als 84 %.

Besonders interessierte uns natürlich, welche Kosten pro Maßnahme und Kunden entstehen. Aber hier endete die Auskunftsfreude der Verwaltung. Jedes Angebot werde von einer anerkannten Zertifizie-

## Schwangere bald schlecht beraten

Von den momentanen pauschalen Haushaltskürzungen von 10 % sind auch die Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen betroffen. Dabei gehört ihre Dienstleistung zu den gesetzlich festgelegten Pflichtaufgaben, die die Kommunen auch bei schwieriger Haushaltslage auf jeden Fall zu erfüllen haben. Denn eine Frau ist gesetzlich verpflichtet, sich vor einer Abtreibung beraten zu lassen.

DIE LINKE. wollte im Gesundheitsausschuss wissen, wieso bei einer Pflichtaufgabe gekürzt werden darf. Die Antwort der Verwaltung lässt nicht Gutes ahnen.

Das Angebot der Schwangerschaftskonfliktberatung selbst soll unverändert aufrecht erhalten werden. Einschnitte soll es vielmehr in der allgemeinen Beratung zu Verhütung, Schwangerschaft, weiterführenden Hilfen, Familienförderung und Partnerschaftsberatung geben. Diese Kürzung ist nicht nur kurzfristig, sondern geht auch zu Lasten der Frauen. An der Prävention wird gespart. Mit ihren Problemen werden Frauen alleine gelassen. Für die Zwangsberatung vor einer – gesellschaftlich unerwünschten – Abtreibung muss allerdings nach wie vor genug Geld da sein.

Fatal an den kommunalen Kürzungen ist, dass damit die Landeszuschüsse in großem Umfang wegfallen. Das Land trägt 80 % der Personalkosten, die Kommune 20 %. Wenn die Stadt ihren Zuschuss um 10 % kürzt, tut das Land das auch. D. h.

wenn die Stadt eine halbe Stelle streicht, fallen 2,5 Stellen weg.

Im rot-grünen Koalitionsvertrag heißt es noch: „Die Arbeit der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen wird gesichert.“

*Uschi Röhrig*

## ■ **Stadtentwicklung**

### Alle wollen Künstler-Halle auf dem Clouth-Gelände erhalten

Die „Halle 10“ auf dem Clouth-Gelände, das Ausstellungs- und Atelierhaus der Künstlerinitiative „Cap Cologne“, wird fortbestehen – zumindest nach dem Willen von SPD, Grüne, CDU, FDP und DIE LINKE. im Stadtrat. Politiker dieser Fraktionen haben sich bei einer Podiumsdiskussion in der Halle für den Erhalt ausgesprochen.

Die Künstler von „Cap Cologne“ fordern eine Änderung des Bebauungsplans. Ihre Ateliers sollen nach aktueller Beschlusslage zu Wohnungen umgebaut werden. Die Künstler hatten zur Diskussion in die Halle eingeladen.

Im Jahr 2008 wurde die Halle 10, die ehemalige Versandhalle der Gummi-Fabrik, eröffnet. Die Künstler hatten die Halle selbst umgebaut. Die Halle ist 14.000 qm groß und bietet somit viel Platz, auch für internationale Ausstellungen. Weiterhin gibt es dort 15 Ateliers.

Jetzt aber soll das Clouth-Gelände neu bebaut werden. 1000 Wohnungen sollen entstehen. Dem Bebauungsplan zufolge ist der Bereich der Ausstellungshalle als reine Wohnfläche ausgewiesen. Deshalb soll die

Halle abgerissen werden. Die Künstler sollen nach einem Ratsbeschluss aus letztem Sommer auf dem Gelände bleiben, nicht jedoch in Halle 10. Das wollen die Künstler nicht mitmachen.

„Die Halle gehört zu Nippes, da muss man den Bebauungsplan halt noch mal ändern!“ meint Gisela Stahlhofen, Fraktions-sprecherin der LINKEN im Rat der Stadt Köln.

*Michael Weisenstein*

## ■ **Umwelt und Grün**

### Es fährt ein Zug nach irgendwo

Und niemand stellt von grün auf rot das Licht. Denn der es könnte, weiß es nicht. Im Umweltausschuss stellte DIE LINKE. eine Anfrage bezüglich der zu erwartenden Atomtransporte über Kölner Stadtgebiet. In der Forschungszentrum Jülich GmbH – FZJ wird nicht nur geforscht. Hier befinden sich auch die Landessammelstellen für Niedersachsen und NRW. In Jülich wird ein Kugelhaufenreaktor zurückgebaut, in dem es 1978 zu einem Störfall kam. Dabei kann sich strahlendes Material gebildet haben, welches im Normalbetrieb nicht entsteht.

Das eigentliche Spaltmaterial in Form von Kugelpackungsbrennstoff soll nach Ahaus transportiert werden. Diese Kugeln enthalten laut offiziellen Verlautbarungen des FZJ mindestens Uran (U-235 und U-238), Thorium (Th-232) und Plutonium (Pu-239). Die Antwort der Verwaltung auf die Fragen der LINKEN lässt sich in einem zitierten Satz aus selbiger zusammen fassen: „Da die Stadt Köln nicht im Genehmigungsprozess eingebunden wird und auch keine Informationspflicht der genehmigen-

## CDU greift Umweltdezernentin Bredehorst an Will Partei von eigenem Versagen beim U-Bahn-Bau ablenken?

Das Dezernat der Sozialdezernentin Bredehorst ist auch für Umweltaufgaben zuständig. In diesem Zusammenhang wirft die CDU der Dezernentin vor, in der Aufsicht beim U-Bahn-Bau versagt zu haben. Die CDU möchte nun künftig das Umwelt- und Verbraucherschutzamt aus ihrem Dezernat herauslösen und dem Oberbürgermeister direkt unterstellen.

Das Manöver ist durchsichtig. Für Baukontrollen ist das Umweltamt nicht zuständig. Der Verlauf der Ereignisse nach dem Einsturz des Stadtarchivs scheint Bredehorst zu entlasten, zeigte sie sich doch als Einzige auskunftsfreudig.

Am 8. März hatte die Fraktion DIE LINKE. den damaligen Vorstand Reinarz nach nicht genehmigten Brunnen am Waidmarkt gefragt. Wir erhielten keine Antwort. Aus diesem Grund unterrichteten wir die Öffentlichkeit.

Eine Woche später, am 15. März, führte die Stadt Köln eine große Pressekonferenz durch, an der Oberbürgermeister Schramma, Herr Reinarz, Frau Bredehorst und

Stadtdirektor Kahlen zugegen war. Herr Schramma und Herr Reinarz wussten zu diesem Zeitpunkt, dass zu viele Brunnen gebohrt und dass zu viel Wasser abgepumpt worden war. Sie äußerten sich aber in keiner ihrer Stellungnahmen dazu. Erst als sich ein Journalist direkt an Frau Bredehorst wandte, erklärte sie, dass neben den vier genehmigten Brunnen weitere elf Brunnen angelegt und statt der genehmigten 450 Kubikmeter pro Stunde 750 Kubikmeter abgepumpt wurden.

Warum haben Schramma und Reinarz diese Informationen zurückgehalten? Und warum hat der Oberbürgermeister nicht gegen Frau Bredehorst, sondern gegen seinen Parteifreund Streitberger eine Dienstaufsichtsbeschwerde eingeleitet? Warum hat der Oberbürgermeister nicht schon damals das Umweltamt an sich gezogen?

Auch wenn Frau Bredehorst leider nicht dabei geblieben ist, die Probleme offensiv zu benennen und zu kritisieren, wird DIE LINKE. den Antrag ablehnen.

*Jörg Detjen*



den Behörden besteht, finden diese Transporte ohne Wissen der Stadt Köln statt.“

Die einzigen, die in Köln von den Atomtransporten erfahren, ist die Polizei. Nicht mal die Feuerwehr, welche die Federführung im Katastrophenschutz hat, wird informiert. Gefahrenabwehr im Katastrophenschutz ist gemäß Artikel 70 des Grundgesetzes Aufgabe der Länder. Somit ist es noch unverständlicher, dass zwar die Polizei, die dem Land unterstellt ist, informiert wird, nicht aber der Katastrophenschutz in Form der Feuerwehr. Dies zu ändern, ist nicht Aufgabe des Kölner Stadtrates, sondern des Landtages und der zukünftigen Landesregierung. Unsere Abgeordneten nehmen diese Aufgabe gerne mit in den Landtag.

*HP Fischer*

# Köln ohne Handel ist wie Kölle ohne Kölsch

Schon zu Römerzeiten war der Handelsplatz am Rhein bedeutsamer Dreh- und Angelpunkt für den Austausch von Waren sowie der Anwendung von handwerklichem Können und Wissen. Dies brachte schon vor über 2000 Jahren Leitungswasser aus der Eifel und viele andere Errungenschaften in die Stadt. Eine ideale Lage am Kreuzweg von West-Ost- bzw. Nord-Süd-Verkehrswegen sowie attraktive Handels- und Handwerksprodukte der KölnerInnen machten die Stadt im Mittelalter sogar zeitweilig zur bedeutsamsten Handelsstadt Europas. Einher damit ging fast zwangsläufig die Bereitschaft zu Weltoffenheit und Wissens- bzw. Kulturaustausch im Interesse einer dynamischen Stadtentwicklung.

Erfolgreicher Handels- und Marktplatz zu bleiben, ist für Köln auch in der Gegenwart eine zentrale Herausforderung für die weitere Entwicklung von Stadt und Region. Die in Sichtweite von Dom und Altstadt gelegene Kölnmesse steht dafür geradezu prototypisch. Sie ist das zentrale Handels-schau-fenster von internationalem Format in der Stadt. Ihr gelang es über viele Jahrzehnte hinweg immer wieder neu, mit attraktiven Angeboten hunderttausende Menschen auf dem rechtsrheinischen Areal als Aussteller und Zuschauer zusammen zu führen. Dies führte nicht nur zu einer Vielzahl erfolgreicher Vertragsabschlüsse der Messeakteure. Es bescherte dem Stadtsäckel über Umweg-Steuer-einnahmen zugleich auch ganz erhebliche Zugewinne via Hotel- und Gaststättengewerbe, Verkehrs-betrieben, etc.

Hochspekulative Messehallen-Finanzierungen im letzten Jahrzehnt im Verbund mit zwielichtigen Mietverträgen zu Lasten

von Stadt und Kölnmesse haben zwischenzeitlich diese Erfolgsgeschichte schwer lädiert. Den einst gewinnbringenden Betrieb Kölnmesse drücken heute die Folgen von Cross-Border-Leasing-Geschäften sowie Horrormieten für die Nordhallen aus den Tagen von Oppenheim-Esch-Fonds und EX-OB Schramma an der Spitze des Kölnmesse-Aufsichtsrates. Die internationale Finanzkrise und in ihrem Gefolge ein nicht unerheblicher Rückgang von Messegeschäften, Messeanbietern und Besuchern in Deutschland insgesamt erschweren die Bemühungen von Stadt, Messeleitung und Belegschaft, aus der aktuell schwierigen Lage herauszufinden. Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger der Stadt sollte das Nachdenken über Lösungsansätze sich nicht nur darin erschöpfen, erfolgversprechende Wege bzw. Methoden zur Überwindung aktueller Kölnmesse-Finanzengpässe zu finden. Mehr denn je sollten sich auch Linke und andere politisch-gesellschaftliche Akteure in der Stadt an einem kritisch-konstruktiven Diskurs darüber beteiligen, durch welche Art von mit der Stadtentwicklung inhaltlich verschränkten Kongress- bzw. Messeaktivitäten auch drängende Zukunftsherausforderungen für Köln und das Umland besser gemeistert werden können.

Dies gilt für den Wissenschafts- und Technikstandort Köln mit seinem innovativen Potential an Studenten und WissenschaftlerInnen ebenso wie z. B. für die hier ansässigen Dienstleistungs- und Medien-Institutionen bzw. die in der Stadt reichlich vorhandenen Fachleute aller Art. Dies gilt aber auch im Hinblick auf den Ausbau von



verbesserten Daseinsvorsorge-Strukturen sowie die Überwindung von Arbeitsplatzabbau- und Hartz IV-Folgen.

Ein solch breiter Diskurs über eine nachhaltig stadtförderliche Optimierung bzw. Nutzung von zehntausenden Quadratmetern Messehallen sollte schon aus Kölner Eigeninteresse nicht nur auf Messenanager, Aufsichtsräte bzw. Stadträte beschränkt bleiben. Dem könnte vielmehr auch die Einsetzung einer noch zu bildenden Messe-Nachhaltigkeitskommission in städtischem Auftrag dienlich sein. Ihr sollten neben Kölnmesse-Managern und Betriebsräten, Gewerkschaftern, Ratsparteien, Vertretern von Handel, Handwerk und Industrie, Sozialinitiativen, etc. insbesondere auch Expertinnen diverser stadtentwicklungsrelevanter universitärer Disziplinen im Köln-Bonner Raum angehören.

Hier könnten dann auch angemessene Antworten auf die Frage entwickelt werden, in welcher Weise die Kölnmesse in Zukunft vermehrt Dienstleistungen im originären Stadtentwicklungsinteresse vollbringt.

*Hans-Jürgen Kawalun  
Linkes Mitglied des Messe-Aufsichtsrats*

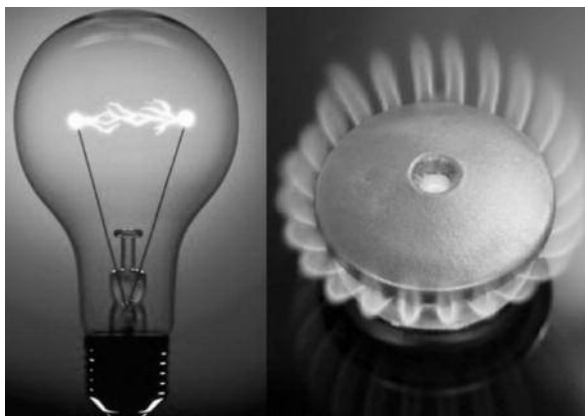
## DGB-NRW, Verbraucherzentrale NRW und DIE LINKE. einig:

### Forderung nach Sozialtarifen für Energie weiterentwickeln

Im Dezember 2007 beschlossen SPD, Grüne und LINKE. die Forderung nach einem Sozialtarif Strom. Mit der Rhein-Energie sollten Gespräche über einen Sondertarif geführt werden. Sie lehnten ab, u. a. mit der Ausrede „einheitliche Konkurrenzbedingungen“.

Der damalige Umweltminister und heutige SPD-Vorsitzende Gabriel machte sich die Forderung zu eigen. Nach einer öffentlichen Diskussion, bei der sich auch der RWE-Konzern massiv einmischte, ließ Gabriel die Forderung fallen und konzentrierte sich auf das Thema Energieeffizienz.

Doch der Ratsbeschluss war weiterhin gültig und in den Gesprächen zwischen der Stadt und der Rhein-Energie wurde vereinbart, dass das Unternehmen, ein Energie-



Beratungsprojekt mit ca. 75.000 Euro im Stadtbezirk Chorweiler finanziert.

Das war zwar nicht das, was sich DIE LINKE. erhoffte, aber immerhin ein Pro-

jekt, das positiv einzuordnen ist.

Für die kommende Ratssitzung schlägt die Verwaltung eine Resolution an die Bundesregierung vor, in der „wirksame Anreize“ für sparsamen Umgang mit Energie gefordert werden. SPD und Grüne konkretisieren das in einem Änderungsantrag.

Wir fordern in einem eigenen Änderungsantrag, dass die Bundesregierung die Rechte der Energieverbraucher stärken soll.

Deshalb soll die Bundesregierung die Entschließung des Europäischen Parlaments nach „nationalen Energieaktionsplänen zur Bekämpfung von Energiearmut“ möglichst rasch umsetzen.

*Jörg Detjen*

# Frauenpower aus Köln für Düsseldorf

Gleich drei Kandidatinnen der LINKEN aus Köln haben es am 9. Mai in den nordrhein-westfälischen Landtag geschafft: Dr. Carolin Butterwegge, Hamide Akbayir und

namhe des Kinderbildungsgesetzes KiBiZ Schwerpunkte der Arbeit der LINKEN im Landtag. Auswirkungen auf Köln hätte u. a. die Bereitstellung eines

Köln existieren zwei Frauenhäuser. Nach Landes Kürzungen vor drei Jahren mussten sie auf rund 30 % ihres Budgets verzichten. Die Aktivistinnen versuchen daraufhin, die Arbeit durch den verstärkten Einsatz von Ehrenamtlichen aufrechtzuerhalten. Eine weitere, dringend notwendige Aufstockung der Platzzahlen wird erst über eine Ausweitung des Landesengagements möglich sein.

Özlem Alev Demirel hat sich auf kommunaler Ebene jahrelang für mehr Gesamtschulen stark gemacht. Nun wird sie im Landtag für eine Schule für Alle streiten. In Köln fehlen immer noch ca. 600 Gesamtschulplätze. Ein Ausbau scheiterte bislang auch an der restriktiven Haltung der alten Landesregierung. Hier sieht Demirel große Handlungsspielräume. Ein weiteres wichtiges Thema für die Universitätsstadt Köln sind Studiengebühren. Die Abschaffung derselben hat sich die Fraktion der LINKEN auf die Fahne geschrieben. Die Fraktion wird sich in dieser Frage kompromisslos zeigen, so Demirel.

Schließlich sollen die Kommunen durch das Land entlastet werden, das in der Vergangenheit Städten und Gemeinden immer mehr Aufgaben übertragen hat, ohne ihnen im Gegenzug die Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

Andrea Kostolnik



von links nach rechts: Caroline Butterwegge, Jörg Detjen, Özlem Alev Demirel, Hamide Akbayir, Claus Ludwig

die Kölner Ratsfrau Özlem Demirel werden künftig den etablierten Parteien einheizen. Auf einer Pressekonferenz der Fraktion stellten sich die drei Frauen den Fragen der Journalisten. Im Mittelpunkt stand die Frage, was sie zukünftig für Köln tun werden.

Carolin Butterwegge sieht in der Bekämpfung der Kinderarmut und der Rück-

beim Ausbau der Kinderbetreuungsplätze für Unter-Dreijährige stärker unterstützen. Der bis 2013 erforderliche Ausbau könnte nur durch höhere Landes- und Bundeszuschüsse stattfinden, ohne ihn auf dem Rücken der Eltern auszutragen.

Hamide Akbayir will sich den Themen Frieden, Umwelt und Frauen widmen. In

## Regelung der Bauaufsicht – ein Fall für den Bundestag Heidrun Bluhm besuchte Köln

Auf Einladung der Linksfraktion im Rat der Stadt Köln informierte sich die Bundestagsabgeordnete Heidrun Bluhm in Köln. Sie ist Expertin für die Bereiche Bauen, Wohnen, Verkehr und Stadtentwicklung und vertritt DIE LINKE. im entsprechenden Ausschuss.

Die Parlamentarierin verfolgt die Vorgänge um den Bau der Kölner U-Bahn von Berlin aus. Nun bekam sie die Möglichkeit, sich ein Bild vor Ort zu machen. Zusammen mit der Ratsfraktion und dem Bundestagsabgeordneten der LINKEN aus Köln, Matthias W. Birkwald, besuchte sie die Baustelle Heumarkt und die Unglückstelle Waidmarkt. Anschließend fand ein Gespräch mit dem Vorstand der Kölner Verkehrsbetriebe Jürgen Fenske statt.

Mittlerweile ist klar, dass die Kontrollen beim Bau der Bahn in Köln nicht ausreichend waren. Heidrun Bluhm, Matthias W. Birkwald, Jürgen Fenske und die Mitglieder der Fraktion sind sich einig, dass es in der Praxis von Bauüberwachung und Baukontrolle schnell qualitative Verbesserungen geben muss. Ob die Verbesserungen durch eine Gesetzesänderung, wie es die Bundesratsinitiative des Landes NRW vorsieht, möglich sind, scheint jedoch fraglich. Inzwischen gibt es eine Stellungnahme des Mi-

nisteriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, in der eine Gesetzesänderung abgelehnt wird.

Der Verband der Verkehrsunternehmen, deren Präsident Jürgen Fenske ist, sieht die unbedingte Notwendigkeit der Verbesserung der Praxis bei der Kontrolle von baulichen Großvorhaben, warnt jedoch davor, dass jede kleine Bau- und Reparaturmaßnahme innerhalb des ÖPNV von der Technischen Aufsichtsbehörde in Düsseldorf kontrolliert werden muss. Dies sei in der Praxis nicht möglich. Es muss eine personelle Aufstockung der Aufsichtsbehörde mit qualifiziertem technischem Personal erfolgen, damit große Bauprojekte effektiv kontrolliert werden können.

Bluhm wird vom wissenschaftlichen Dienst des Bundestags eine Synopse erstellen lassen, die aufweist, wie in welchen Bundesländern mit der Kontrolle großer Bauprojekte umgegangen wird. Diese Synopse soll die Grundlage für weitere Initiativen sein. Denn eine Änderung der herr-



Gisela Stahlhofen und Heidrun Bluhm auf der U-Bahnbaustelle

schenden Praxis ist dringend nötig.

Unabhängig von den Vorgängen um die Kölner U-Bahn besuchte Heidrun Bluhm nachmittags den Stadtteil Kalk. Hier hatte sie die Möglichkeit, sich ein Bild von der Wohnungsproblematik in der rheinischen Metropole zu machen. Günter Bell, der Landtagsdirektkandidat in Kalk führte die

Besucher durch den Stadtteil. Bell, der seine Doktorarbeit über Kalk geschrieben hat, gab einen Abriss über die Stadtentwicklung des rechtsrheinischen (ehemaligen) Industrie- und Arbeiter Viertels.

Dabei stand die problematische Situation der Mieter in den ehemaligen LEG Wohnungen im Mittelpunkt der Diskussion. Das Fazit ergab, dass die Probleme der Mieter in Wohnanlagen, die von sog. Heuschrecken erworben worden sind, in Ost und West gleich sind.

Gisela Stahlhofen

# Platzj abbeck

Bitte kosten los schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj abbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....  
Name, Vorname

.....  
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE., Fraktion im Rat der Stadt Köln  
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln  
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41  
email: [Dielinke@stadt-koeln.de](mailto:Dielinke@stadt-koeln.de) V.i.S.d.P. Jörg Detjen

## Projektgruppe der LINKEN. Köln gegründet Gegen den sozialen und kulturellen Kahlschlag

SPD, Grüne und FDP haben eine „Rasenmäher“-Kürzung von 12,5 % bei den freiwilligen Leistungen vor allem im sozialen und kulturellen Bereich beschlossen, bevor die Debatte über den kommenden Doppelhaushalt überhaupt begonnen hat. Erste Proteste haben inzwischen stattgefunden, Bündnisse haben sich formiert. Neben den eher institutionellen Bündnissen „Keine Kürzung für Kurze“ (Jugz GmbH, Arbeitsgemeinschaft Offene Türen) und „Kölner gestalten Zukunft“ (Wohlfahrtsverbände wie Diakonie und Paritätischer) hat sich auch das eher basisorientierte „Bündnis gegen kommunalen Sozial- und Kulturabbau“ gebildet, in dem Mitglieder der LINKEN aktiv sind. Um das Thema „kommunale Kürzungen“ in die Partei hineinzutragen, Informationen zur Verfügung zu stellen und GenossInnen zu mobilisieren, in den Bündnissen aktiv zu werden, hat DIE LINKE. Köln eine „Projektgruppe gegen Sozial- und Kulturab-

bau“ gegründet. Auf einem ersten Treffen wurde ein Flugblatt diskutiert und beschlossen. Bei einem Aktionstag „Keine Kürzung für Kurze“, auf der Mai-Kundgebung und bei Infoständen im Wahlkampf wurden rund 1.000 Exemplare verteilt.

Auf einem zweiten Treffen der Projektgruppe informierte Stefan Schröter, ver.di-Vertrauensmann aus Wuppertal, von den Aktivitäten der Initiative „Basta – Aktionsbündnis gegen das Totsparen“. Wuppertal steht vor dem finanziellen Kollaps. In mehreren Kürzungsrunden wird fast die gesamte soziale und kulturelle Infrastruktur geschleift. Vor allem die Diskussion über die Schließung des Schauspielhauses sorgte für Aufregung auch in überregionalen Medien (<http://basta-wuppertal.de/>).

Bei einer Anhörung der linken Ratsfraktion berichteten so unterschiedliche Initiativen wie das NS-Dokumentationszentrum, die Lobby für Mädchen und das Bürgerhaus Bocklemünd übereinstimmend, dass ihnen schon seit der Kürzungsrunde 2003/04 das Wasser bis zum Hals steht. Eine erneute Kürzungsrunde könnte für viele wichtige Projekte das endgültige „Aus“ bedeuten. Zusätzlich zu der vorab erfolgten Globalkürzung von 12,5 % drohen angesichts eines Haushaltsloches von 500 Millio-

nen Euro massive Einschnitte. Die etablierten Parteien sind weder willens noch in der Lage, den Kampf für eine Umverteilung auf kommunaler, Landes- und Bundesebene zu führen. Sie werden nicht die Reichen, Banken und Konzerne belasten, sondern wollen die Krisenlasten auch kommunal auf die einfache Bevölkerung abwälzen.

Allein können die Kommunen ihre finanziellen Probleme nicht überwinden, selbst wenn sie sämtliche Bürger- und Jugendzentren, Schwimmbäder und Theater schließen würden, Eintrittspreise und Gebühren verdoppeln und die Förderung von Kultur- und Sozialinitiativen ganz einstellen würden.

DIE LINKE. fordert die Erhöhung der Gewerbesteuer und die Überprüfung von Groß- und Prestigeprojekten. DIE LINKE. tritt für den gemeinsamen Widerstand der Kommunen ein, die sich zum Beispiel weigern könnten, ausgeglichene Haushalte vorzulegen, um zusätzliche Gelder von Bund und Land zu erzwingen oder die Zinszahlungen oder die Tilgung an die Banken in Frage stellen könnten. Wenn Land und Bund sich weiter weigern, einen „Rettungsschirm“ für die Kommunen aufzuspannen, müssen diese das selbst in die Hand nehmen.  
*Claus Ludwig*



Auf der 1.Mai-Kundgebung des DGB auf dem Heumarkt stand auch die Fraktion am Stand der LINKEN für Fragen zur Verfügung, diskutierte, informierte und warb für ihre Politik. Links mit rotem Schal Gisela Stahlhofen, Fraktionssprecherin, daneben Jörg Detjen, Fraktionssprecher.

## Termine ... Termine ... Termine ...

**Do, 27.5., 19 Uhr**  
AK Kunst, Kultur, Medien  
Kreisbüro, Metzger Str. 24

**Fr, 28.5., 18 Uhr**  
AK Soziales/Hartz IV  
Kreisbüro, Metzger Str. 24

**Di, 1.6., 17.30 Uhr**  
AK Jugend und Schule  
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg

**Di, 8.6., 16.30 Uhr**  
AK Stadtentwicklung  
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg

**Do, 10.6., 18 - 20 Uhr**  
Bürgersprechstunde OV Ehrenfeld  
Venloer Str. 440, Raum neben GNN-Verlag

**Do, 10.6., 19 Uhr**  
Bürgerstammtisch Altstadt-Nord  
Em Altertümche, Ritterstr. 57

**Do, 17.6., 19 Uhr**  
Bürgerstammtisch Altstadt-Süd  
Amörchen, An der Bottmühle 13

**Do, 24.6., 19 Uhr**  
AK Kunst, Kultur, Medien  
Kreisbüro, Metzger Str. 24